Zollernalbkreis
Landratsamt

Drucksache KT-Nr. 13/2014
Kämmerei und Liegenschaftsamt

öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Kreistag

Sitzung am 21.07.2014

TOP 4: Jahresrechnung 2013 und Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben sowie Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2013 für den Eigenbetrieb "Immobilien der Kreiskliniken"

A. Beschlussvorschlag:

1. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2013 wird vorbehaltlich der örtlichen Prüfung gebilligt,

2. der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“ für das Jahr 2013 wird vorbehaltlich der örtlichen Prüfung gebilligt,

3. der Jahresfehlbetrag des Eigenbetriebs „Immobilien der Kreiskliniken“ in Höhe von 2.645.291,17 € wird auf die neue Rechnung vorgetragen und

4. die überplanmäßigen Ausgaben bei

Unterabschnitt 45	Deckungsring Jugendhilfe	226.033,26 €
Unterabschnitt 4820	Grundsicherung f. Arbeitssuchende	465.247,31 €
Unterabschnitt 6520	Deckungsring Gemeinschaftsaufwand	409.463,20 €

werden genehmigt.

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

Aufgrund der Vorberatung in der VF-Sitzung am 7.7.2014 wird dem Kreistag einstimmig empfohlen, wie oben zu beschließen.

Zollernalbkreis
Landratsamt

Drucksache KT-Nr. 13/2014
Kämmerei und Liegenschaftsamt

öffentlich

Anlagen:

Zollernalbkreis
Landratsamt

Drucksache KT-Nr. 13/2014
Kämmerei und Liegenschaftsamt

öffentlich

Jahresrechnung 2013 und Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben sowie Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2013 für den Eigenbetrieb "Immobilien der Kreiskliniken"

Jahresrechnung 2013

a) Vorbemerkungen

Die Jahresrechnung 2013 konnte fristgerecht innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres, entsprechend der Vorschriften der Gemeindeordnung (GemO) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aufgestellt werden. Sie wird gemäß § 110 GemO dem Rechnungsprüfungsamt zur örtlichen Prüfung vorgelegt. Die Jahresrechnung kann vom Kreistag erst dann endgültig festgestellt werden, wenn der Schlussbericht der örtlichen Prüfung vorliegt. Das Gremium soll im Vorfeld aber bereits über die wesentlichen Ergebnisse der Jahresrechnung informiert werden.

b) Planung 2013

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 2013 und der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskliniken für das Wirtschaftsjahr 2013 wurden am 10.12.2012 vom Kreistag beschlossen. Das Regierungspräsidium hat mit Erlass vom 21.1.2013 die Gesetzmäßigkeit der Satzung und des Wirtschaftsplans bestätigt und den Teilbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7.612.000 €, für den in den Folgejahren Kreditaufnahmen vorgesehen sind sowie die Kreditermächtigung von 8.519.650 € genehmigt.

Im zweiten Jahr in Folge stiegen die Steuerkraftsummen der Gemeinden im Zollernalbkreis mit 12,2 % überdurchschnittlich stark an. Im Landesdurchschnitt betrug die Steigerung lediglich 10,1 %. Dadurch konnte mit 1.081,03 €/Einwohner fast der Landesdurchschnitt von 1.089,44 €/Einwohner erreicht werden.

Bei einem gleichbleibenden Hebesatz von 28,75 % ergab sich im Verwaltungshaushalt ein Überschuss von 5.232.260 €, der dem Vermögenshaushalt zugeführt wurde. Als Netto-Investitionsrate standen 4.397.260 € zur Verfügung. Die anstehenden großen Investitionen, insbesondere der Neubau Krankenhaus Balingen, die Nachnutzung Krankenhaus Hechingen und die Generalsanierung Gewerbeschule Jakob-Beutter-Straße führten dazu, dass 2013 hohe Kreditaufnahmen von 8.519.650 € eingeplant werden mussten.

c) Entwicklung und wesentliche Ergebnisse

Statt der geplanten Zuführung von 5.232.260 € vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt konnten im Rechnungsergebnis 6.287.636,55 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Obwohl der Zollernalb Klinikum gGmbH eine überplanmäßige Verlustabdeckung von 4 Mio. € zum Ausgleich der durch die Erfüllung

der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten zugewiesen wurde, hat sich das Rechnungsergebnis im Verwaltungshaushalt um 1.055.376,55 € verbessert.

Auf die zur Verfügung stehende Kreditermächtigung von 11.314.670 € wurden 7.643.400 € neue Kredite aufgenommen. Ins Jahr 2014 wurde eine Kreditermächtigung von 1.848.886,23 € übertragen.
Durch die höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt und durch eine zusätzliche Rücklagenentnahme in Höhe von 800.000 € konnte auf eine restliche Kreditermächtigung in Höhe von 1.822.373,77 € endgültig verzichtet werden.

Neben einer Vielzahl kleinerer Verbesserungen waren insbesondere die nachfolgend dargestellten Planabweichungen ergebnisrelevant:

- **Bei den sozialen Hilfen hat sich insgesamt eine Verbesserung von rund 1,8 Mio. € ergeben.** Insbesondere in den Bereichen Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Bildung und Teilhabe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei den Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz waren die Netto-Aufwendungen niedriger als geplant. Dabei haben hauptsächlich höhere Einnahmen, zu diesem positiven Ergebnis geführt. Zum Beispiel orientieren sich bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Kostenerstattungen nicht mehr an den Nettoaufwendungen des zweitvorangegangenen Jahres sondern am, laufenden Jahr oder konnten noch einmal 744.000 € zusätzliche Einnahmen aus der veränderten Berechnung der BAföG-Leistungen für die Fälle aus der stationären Eingliederungshilfe vereinnahmt werden. Dadurch konnten zudem auch höhere Aufwendungen bei der „Hartz IV-Leistungen“ von ca. 135.000 € und bei Jugendhilfe von 226.000 € aufgefangen werden

- **Die Personalausgaben bleiben um 719.850 € oder 2,34 % unter den Planansätzen.** Erhebliche Einsparungen konnten durch unterjährig frei gewordene Stellen erzielt werden, deren Wegfall zum Zeitpunkt der Personalkostenplanung 2013 noch nicht bekannt war. Weitere Planungsdifferenzen ergaben sich durch zeitweise Nichtbesetzung von Stellen z. B. im Sozial- und Jugendamt, Altersteilzeit und lange Krankheitsfälle. Bei der Personalkostenplanung für 2013 wurde eine lineare Besoldungssteigerung von 1,5 % angenommen, diese erfolgte gestaffelt und teilweise erst ab 2014. Bedingt durch die Versorgungslastenteilung (neues Recht seit 2011) erhielt der Landkreis durch die Übernahme von Beamten eine sehr hohe Gutschrift bei der Versorgungsumlage, deren Höhe mit 200.000 € zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bekannt war.

- Die **Gebühreneinnahmen der staatlichen unteren Verwaltungs-behörde** lagen **insgesamt um ca. 452.000 € höher** als geplant. Insbesondere die Bereiche Vermessung mit rund 107.000 €, Zulassungsstellengebühren mit rund 212.000 € und aus dem Bereich Bauamt mit über 118.000 € trugen dazu bei.

- Das **Grunderwerbsteueraufkommen liegt 357.000 € über dem Haushaltsansatz von 4,5 Mio. €,** blieb damit aber immer noch unter dem Ergebnis des Vorjahres.

- Während die Einnahmen bei der Schülerbeförderung schlussendlich um rd. 1,3 % über dem Ansatz lagen, konnte man bei den Ausgaben deutlich hinter den Ansätzen zurückbleiben. Nachdem die Verkehre für die Sprachheilschule und die Weiherschule neu vergeben wurden, konnten mit dieser Neuvergabe und einem Wechsel auf andere Beförderungsunternehmen deutliche Kosteneinsparungen erzielt werden.
  Insgesamt mussten für die Schülerbeförderung rund 320.000 € weniger als geplant aufgewendet werden. Aufgrund dieser finanziellen Gesamtentwicklung wurde über einen entsprechenden Kreistagsbeschluss vom 9.12.2013 die satzungsmäßig vorgesehene Dynamisierung des Eigenanteils zum 1.1.2014 hin ausgesetzt.

- **Der Mittelbedarf für den ÖPNV blieb rund 83.000 € hinter dem Planansatz zurück.** Dies liegt daran, dass die Aufwendungen für naldo rd. 25.000 € hinter dem Planansatz zurückblieben. Im Weiteren konnten auch die Stadtverkehre teils günstiger abgerechnet werden, womit die Beteiligungsquoten des Landkreises ebenfalls hinter dem Ansatz zurückbleiben.

- **Überplanmäßig wurden dem Zollernalb Klinikum gGmbH 4.000.000 € zur Verlustabdeckung** zugewiesen. Der Kreistag hat am 21.10.2013 die weitere Verlustabdeckung beschlossen, um einen Liquiditätsengpass auszugleichen. Die Deckung wurde aus dem zu erwartenden besseren Rechnungsergebnis und einer zusätzlichen Rücklagenentnahme in Höhe von 800.000 € vorgesehen.

d) Schulden / Rücklagen

Neue Kredite wurden in 2013 in Höhe von 7.643.400 € aufgenommen. Die Kredite vom Kreditmarkt wurden planmäßig mit 435.000 € getilgt. Für das Innere Darlehen wurde statt der geplanten Tilgung von 400.000 € nur eine Tilgung von 160.000 € notwendig. **Der tatsächliche Schuldenstand hat sich somit von 13.989.807,33 € auf 21.038.207,33 € erhöht.**
Wie oben erwähnt konnte auf eine Kreditermächtigung in Höhe von 1.822.373,77 € endgültig verzichtet werden. Als Haushaltseinnahmerest wurde eine Kreditermächtigung von 1.848.886,23 € ins neue Haushaltsjahr übertragen.
Sie wird zur Deckung von Investitionsausgaben, für die Haushaltsausgabereste gebildet wurden, im Jahr 2014 benötigt.

Die **Allgemeine Rücklage beläuft sich zum 31.12.2013 auf 5.164.861,36 €.**
Zum Ausgleich des Haushalts 2014 sind bereits 1.771.000 € verplant. Davon entfallen 1.071.000 € auf die für die Weiterentwicklung des Schienennetzes reservierten Mittel. Für diesen Zweck stehen dann noch 371.711,64 € zur Verfügung. **Die Allgemeine Rücklage enthält somit keine freien Mittel mehr und wurde auf den Mindestbestand zurückgeführt.**

e) Ergebnisse im mehrjährigen Vergleich:

	Plan 2013 Euro	**Ergebnis 2013** Euro	**Ergebnis 2012** Euro	**Ergebnis 2011** Euro
Sozialhilfeleistungen Absch. 41-netto-	32.331.500	31.487.995	30.267.743	32.560.624
Eigenanteil SGB II (Hartz IV) (abzgl. Wohngelderstattung)	7.569.000	7.704.174	7.691.233	8.063.601
Leist.an Asylbew./Flüchtlinge -netto-	827.100	808.064	575.828	392.583
Jugendhilfe -netto-	12.772.200	12.998.233	12.344.566	12.057.646
Eigenbeteiligung Unterhalts-vorschuss	280.000	206.458	240.713	247.713
Umlage KVJS	716.000	712.956	649.759	529.691
Verlustabdeckung Kreisklini-ken	4.720.640	8.609.765	6.691.630	4.406.569
Personalausgaben	30.716.400	29.996.550	29.278.231	28.760.184
Erstattungen f. Landesbe-dienstete	528.500	448.096	478.328	615.123
ÖPNV/Schülerbeförderung -netto-	1.291.310	893.050	1.226.596	1.728.681
Schlüsselzuweisungen	21.610.000	21.680.107	21.833.811	23.195.205
Kreisumlage	58.482.000	58.467.326	52.120.109	42.759.535
Kreisumlage-Hebesatz	28,75%	28,75%	28,75%	26,50%
Grunderwerbsteuer	4.500.000	4.857.182	4.985.830	5.414.515
Sachkostenbeiträge Schulen	4.818.000	4.822.446	4.884.766	4.596.796
FAG-Zuweisungen Straßen	2.507.000	2.507.040	2.541.480	2.517.380
Gebühreneinnahmen UVB	4.991.300	5.443.329	5.388.998	5.273.358
Vermögenserträge OEW	3.484.800	3.484.800	3.484.800	5.227.200
Zinseinnahmen	40.000	25.333	172.142	420.491
Zuführung zum Vermögens-				

haushalt	5.232.260	6.287.637	5.959.369	2.114.679
Netto-Investitionsrate	4.397.260	5.692.637	5.324.369	1.374.679
Schuldenstand (Ist) zum 31.12.	26.659.457	22.887.094	13.989.807	14.624.807

Weitere Einzelheiten zum Jahresabschluss ergeben sich aus dem beigefügten Rechenschaftsbericht (Anlage 1).

I. Überplanmäßige Ausgaben in der Jahresrechnung 2013

Während des Haushaltsjahres 2013 sind über-/außerplanmäßige Ausgaben entstanden, die weitgehend zeitnah von den zuständigen Gremien genehmigt wurden. Für folgende Überschreitung ist jedoch noch eine Genehmigung einzuholen:

Jugendhilfe **226.033,26 €**
Unterabschnitt 45

Für das Jahr 2013 haben sich in der Jugendhilfe (Deckungsring 45) Mehrausgaben in Höhe von ca. 300.000 € ergeben. Diesen stehen allerdings Mehreinnahmen in Höhe von ca. 74.000 € entgegen, so dass netto eine Überschreitung der veranschlagten Ansätze in Höhe von 226.033,26 € entstanden ist.
Eine deutliche Steigerung der Ausgaben war bei der Kindertagespflege festzustellen. Dies ist auf die politisch gewünschte Steigerung der Fallzahlen (erweiterter Rechtsanspruch ab 1.8.2013 für Kinder unter 3 Jahren) zurückzuführen. Durch eine deutliche Zunahme der Fallzahlen wurden auch die Ansätze bei den ambulanten Eingliederungshilfen (z. B. Therapie bei Dyskalkulie und Legasthenie, Integrationshilfen, Schulbegleitungen) überschritten.

Grundsicherung für Arbeitssuchende **465.247,31 €**
Unterabschnitt 4820

Es wurde bei der Planung davon ausgegangen, dass sich die anhaltend günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt zumindest mittelfristig auch für den Bereich der Langzeitarbeitslosen auswirkt und daher mit einem Rückgang der Fallzahlen kalkuliert. Statt des erwarteten Rückgangs musste aber sogar eine leichte Steigerung der Fallzahlen registriert werden. Außerdem hat sich bei den Heizkostenerstattungen eine deutliche Steigerung ergeben, so dass sich die Ausgaben um 465.247,31 € erhöht haben. Unter Berücksichtigung der höheren Zuweisungen des Landes aus der Nettoentlastung Wohngeld verbleiben netto noch rund 135.000 € höhere Aufwendungen.

Gemeinschaftsaufwand **409.463,20 €**
DR Gemeinschaftsaufwand

Hier haben die Ausgaben für den Winterdienst 2012/2013 wegen der andauernd winterlichen Straßenverhältnisse auf den Albhochflächen und Albaufstiegen einen besonderen Stellenwert in der Gesamtrechnung eingenommen.

Die negativen Folgen waren enorme Ausgabensteigerungen beim Einsatz von Streusalz und Sole, Betriebsstunden bzw. Einsatzzeiten der eigenen Räum- und Streufahrzeuge sowie der Fremdunternehmer was zu Mehrausgaben von ca. 409.463,20 € geführt hat.

III. Jahresabschluss 2013 für den Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“

1. Allgemeines

Aufgabe des Eigenbetriebes ist es, die Immobilien zum Betrieb der Krankenhäuser Albstadt, Balingen und bis zum 29.6.2012 Hechingen bereit zu stellen.
Die für Krankenhauszwecke genutzten Grundstücke und Gebäude werden der Betreiberin, der Zollernalb Klinikum gGmbH kostenlos zur Nutzung überlassen mit der Maßgabe, dass sie insbesondere die laufende Instandhaltung trägt. Von der Nutzungsüberlassung ausgenommen sind aus steuerlichen Gründen die Kioske/Cafeterien in Albstadt und Balingen.

Aus der Nutzungsüberlassung herausgenommen wurden 2008 die Nebengebäude beim Krankenhaus Hechingen und ab 2009 auch der Südflügel des Krankenhauses Hechingen. Der Umbau dieses Gebäudetraktes zur Verwaltungsnutzung erfolgte im Kreishaushalt.

Zum 29.6.2012 wurde der Krankenhausbetrieb in Hechingen mit dem Umzug in den fertig gestellten ersten Bauabschnitts des Krankenhauses Balingen eingestellt. Da die Immobilie nicht mehr für den Krankenhausbetrieb benötigt wird, wurde sie in die Buchhaltung des Kreishaushaltes übernommen.

2. Bauliche Maßnahmen

<u>Balingen</u>

Für den **Neubau des Krankenhauses Balingen** wurden im Jahr 2013 weitere 7.332.000 € Kreismittel zur Verfügung gestellt. Da die Baukosten die Höhe der Landesförderung im Laufe des Jahres 2011 überschritten, müssen seither die Aufwendungen komplett aus Kreismitteln finanziert werden. Der Ausgabenstand zum 31.12.2013 betrug 66.802.085,61 €. An Landesmitteln konnten bisher 31.350.000 € vereinnahmt werden. Abzüglich der bereits in Vorjahren verrechneten Kreismittel von 26.946.739,91 € wurden in 2013 weitere 8.505.345,70 € verrechnet.

Der erste Bauabschnitt konnte am 26.6.2012 in Betrieb genommen werden. Zum Buchungsstand 31.12.2012 wurden 57.570.799,42 € in der Anlagenbuchhaltung aktiviert.

Der Ausgabestand zum 31.12.2013 für den zweiten Bauabschnitt beträgt 6.237.085,61 €

Der **Regenwasserkanal vom Krankenhaus Balingen zur Eyach über die Rollerstraße** wurde mit dem Ausgabestand zum 31.12.2013 mit 109.327,84 € aktiviert.

Für den **Regenwasserkanal vom Krankenhaus Balingen zur Eyach über den Röslerweg** wurden 200.000 € an Kreismitteln in 2013 zur Verfügung gestellt. Davon wurden 70.167,72 €, entsprechend dem Ausgabestand zum 31.12.2013, verrechnet.

3. Jahresergebnis 2013

Auf das Jahresergebnis 2013 wirkten sich insbesondere die nachfolgenden Erträge und Aufwendungen aus:

Erträge

Verpachtung Kioske Balingen und Albstadt	31.007,13 €
Vermietung an Forst und Gesundheitsamt Albstadt	17.371,20 €
Nutzungsentschädigung DRK Rettungswache Albstadt	1.610,00 €
Sonstige Erträge	669,98 €

Aufwand:

Verwaltungsaufwendungen	316.908,59 €
Unterhaltung Gebäude	54.742,69 €
Bewirtschaftung Gebäude	4.532,40 €
Außenanlagen	1.357,96 €
Abschreibungen und Abgänge auf kreisfinanzierte Investitionen (Abschreibungen und Abgänge auf geförderte Investitionen werden durch Ertragsbuchung in Sonder- bzw. Ausgleichsposten wieder neutralisiert).	2.318.407,84 €

Es ergibt sich zunächst ein Jahresfehlbetrag 2013 von 2.645.291,17 €.

Dieses Ergebnis beinhaltet die Abschreibung und Anlagenabgänge des nicht geförderten Bereichs mit 2.318.407,84 €, die der Eigenbetrieb nicht über Erlöse erwirtschaften kann. Entsprechend dem Beschluss des Kreistags vom 1.3.1982 wird deshalb diese Abschreibung des nichtgeförderten Bereichs im Folgejahr gegenüber der Kapitalrücklage ausgebucht. Ein verbleibender Fehlbetrag von 326.883,33 € wird zur Abdeckung aus dem Kreishaushalt 2015 vorgemerkt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind als Anlage 2 beigefügt.